ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lehrack, Dorit

Working Paper

NGO im heutigen China - Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis

Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 57/2004

Provided in Cooperation with:
University of Duisburg-Essen, Institute of East Asian Studies IN-EAST

Suggested Citation: Lehrack, Dorit (2004) : NGO im heutigen China - Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis, Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 57/2004, University of Duisburg-Essen, Institute of East Asian Studies (IN-EAST), Duisburg

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/40962

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DUISBURGER ARBEITSPAPIERE OSTASIENWISSENSCHAFTEN
DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN STUDIES

No. 57/2004

NGO im heutigen China – Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis

Dorit Lehrack

Institut für Ostasienwissenschaften (Institute for East Asian Studies)
Universität Duisburg-Essen/ Standort Duisburg
D-47048 Duisburg, Germany
Tel.: +49-203-379-4191
Fax: +49-203-379-4157
E-Mail: oawiss@uni-duisburg.de

© by the author

February 2004

Title/Titel:
NGO im heutigen China – Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis

Autor/Author:
Dorit Lehrack

Series/Reihe:
Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 57
Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, Nr. 57

Abstract/Zusammenfassung:

NGOs (Nichtregierungsorganisationen), im Westen wichtige politische Organisationen, sind in China etwas ganz Neues. Gleichwohl sind in den letzten Jahren zunehmend solche Nichtregierungsorganisationen entstanden, die sich mit ökologischen und Umweltfragen, aber auch sozialen oder kulturellen Anliegen befassen. Die CANGO, die (China Association for NGO Cooperation) in Peking, welche von deutscher Seite unterstützt wird, hat das Ziel die Förderung von nicht-staatlichen Organisationen in China. Dorit Lehrack, die dieses Projekt von deutscher Seite aus in Peking berät, diskutierte im Rahmen eines Ihres Vortrags am 20.1.2004 im Institut für Ostasienwissenschaften Fragen wie *Was leisten NGOs im heutigen China?*, *Wo liegen ihre Chancen und Grenzen?* und *Was sind die Trends?*

Procurement/Bezug:
You may download this paper as a PDF Adobe Reader document under / Als Download ist das Papier zu beziehen als PDF Adobe Reader Dokument unter:
http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper57.pdf

Libraries, and in exceptional cases, individuals may order hard copies of the paper free of charge at/ Bibliotheken, und in Ausnahmefällen auch Privatpersonen, können das gedruckte Papier kostenfrei bestellen bei der

Universität Duisburg-Essen
Standort Duisburg
Institut für Ostasienwissenschaften, Geschäftsstelle
D-47048 Duisburg

Vorwort

Seit einem Jahr führt meine Organisation, die China Association for NGO cooperation (CANGO), Trainings für sogenannte Grass Root („Graswurzel“)NGO[1,2] durch. Finanziert wird das Projekt vom Evangelischen Entwicklungsdienst in Deutschland. In jedem Training spielen wir das „Poverty (Armut) und Partnership (Partnerschaft)“ Spiel: Jeweils 6 Teilnehmer entscheiden sich für einen Begriff. Jeder Teilnehmer wird dann gebeten, 10 Unterbegriffe aufzuschreiben, die ihm zu dem Stichwort einfallen. Sehr erstaunt stellen die Probanden fest, wie unterschiedlich ihre Wahrnehmungen sind. Der Grad an Übereinstimmung ist vernachlässigbar. Eine gute Wahrnehmungsübung, die zeigt, dass Worthülsen mit (gemeinsam verstandenen) Inhalten gefüllt werden müssen, ehe man sich über die Inhalte auseinandersetzen kann.

Was beispielsweise versteht man in China unter Menschenrechten? Was ist Zivilgesellschaft - und was sind NGO? Begriffe, die, je nach Standort, Kultur, Geschichte und Erfahrung gänzlich unterschiedlich verstanden werden. Die „chinesische Interpretation“ definiert auch die Rolle, die zivilen Organisationen in der modernen chinesischen Gesellschaft zugeschrieben wird und das Selbstverständnis der chinesischen NGO. Will man den gegenwärtigen Standort der chinesischen zivilen Organisationen in der Gesellschaft besser verstehen, ist es wichtig, diese zu kennen. Der folgende Beitrag soll einen Einblick in das politisch-kulturelle Umfeld ermöglichen, in dem die chinesische Zivilgesellschaft wächst, und so zu einem tieferen Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung im heutigen China beitragen.

[1] NGO im Kontext dieses Beitrags umfasst alle Bürger - und Non-profit-Organisationen, unabhängig von ihrer Entstehungsgeschichte, also Charities, soziale Organisationen, Mittlerorganisationen, Umweltgruppen, Rechtsberatungsvereine etc.

[2] „Grassroot“ steht für NGO, die von „unten“ entstehen und die Interessen bestimmter Gruppen vertreten.

Chinas NGO – ein Produkt der Reformpolitik

China befindet sich im Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft. Augenscheinliches Kennzeichen für diesen Prozess ist die schier atemberaubende Dynamik der Entwicklung. Schon zwei Wochen Abwesenheit von Peking haben zur Folge, dass Teile der Stadt nicht wiederzuerkennen sind. Wohin die Reise geht, ist kaum vorherzusagen. Chinas kommunistische Partei steht vor einer beispiellosen Aufgabe: Die 1.3 Milliarden Bewohner des Landes bei einem sechs bis siebenprozentigen BSP-Wachstum pro Jahr in den Wohlstand zu führen, sich der Welt zu öffnen, die Verlierer des Reformprozesses aufzufangen und so die innere Stabilität und den Zusammenhalt der Nation zu sichern.

Staatliche Steuerung ist nötig. Nach dem Werteverfall in den Zeiten der Kulturrevolution besinnt man sich heute auf die konfuzianische Werteskala. So schwankt die Führungsriege der Partei zwischen Tradition und Moderne, zwischen Neoliberalismus und strikter Intervention, um die nachteiligen sozialen Auswirkungen des „sozialistischen Marktes“ – ein Antagonismus in sich - zu dämpfen. Die Widersprüche zwischen Öffnung und Geschlossenheit des Landes, zwischen Reichen im Osten und Armen im Westen, traditionellen Eltern und „verwestlichenden“ Jungen, die zunehmende Entsolidarisierung der Gemeinschaft, die individuellen Egoismen, auch Folge der Einkindpolitik, wachsen.... Die Lenkung und Beherrschung des Reformprozesses ist ein gesellschaftliches Experiment ohne Referenz.

In den letzten 25 Jahren hat China erfolgreich einen „großen Sprung nach vorn“ vollzogen. Die Landreform Deng Xiaopings 1978 bringt Zugang zu Land und Produktionsmitteln für die bis dahin kollektiv wirtschaftenden Bauern. Sie können fortan bestimmen, wann und wie gearbeitet wird. Für die bis dahin das Leben steuernden Arbeitseinheiten („Danweis“) entfällt die gesellschaftliche Notwendigkeit. Sie werden durch Wohnviertel- und Dorfkomitees ersetzt. Die unterliegen stärker der Kontrolle ihrer Klientel, der selbstbewusster agierenden Bauernschaft. Einher mit dieser Entwicklung geht der schleichende Rückzug der Regierung aus der Gesellschaft. Die Regierung

verabschiedet sich von staatlichen Hoheitsaufgaben, wie der Sorge für die Grundbedürfnisse des Einzelnen, der „Eisernen Reisschüssel“. Bedarf und Raum für individuelles Engagement entstehen. Die Lücken, die der Staat hinterlässt, müssen gefüllt werden. Im ländlichen Raum entstehen in dieser Zeit die ersten Bürgerorganisationen, die sich um sozial Schwache und Benachteiligte kümmern.

1984 ergreift die Reform die Städte. Die früheren Staatsbetriebe waren ebenso kollektiv durchorganisiert wie die Kollektivwirtschaften auf dem Lande. Die Arbeitseinheiten übten auch hier die Kontrolle aus. Die „Hukous“, sogenannte Wohnbescheinigungen, banden das Personal an die Danweis, machten einen Ort- oder Betriebswechsel nahezu unmöglich und mutierten die ihnen Angehörigen zu „gläsernen Menschen“ ohne Privatsphäre und ohne Entscheidungsbefugnis. Einzige positive Seite der staatlichen Allmacht war, dass sie die Brosamen verteilte, also Geld, Lebensmittel und andere Güter zuwies. Scharf wachte sie dabei über ihr Monopol gegenüber potenziellen Wettbewerbern. Keine Chance für individuelles Engagement.

Mit der Reform ändert sich dieser Zustand: Die sogenannte nicht-staatliche Wirtschaft (non-public economy) wächst von 1% in 1978 auf 12.3 % in 1993 und auf 24% in 1996. Damit einher geht auch im städtischen Raum ein Bedeutungsverlust der Arbeitseinheiten. Kompensiert wird die Lücke im sozialen Engagement von „sozialen Organisationen“ – der Name steht für deren Inhalt – 1993 werden 30.000 gezählt, 1996 bereits 200.000.

Offiziell wird weiter nach dem Prinzip „große Regierung und kleine Gesellschaft“ regiert, in der Realität ist dieses ausgehöhlt. Je mehr sich die Aufgaben von Regierung und Wirtschaft infolge der ökonomischen Reformen trennen, desto größer wird die Nachfrage nach „Vermittlern“. Regierungsinstitutionen antworteten mit der Gründung von GONGO, sogenannten „government-organized NPOs“.[3] Die mit der neuen Aufgabenteilung einhergehende soziale Reform prägt das neue, bis heute geltende Motto von „kleiner Regierung – großer Gesellschaft“.

[3] Steht für „von der Regierung gegründete Organisationen, die nicht kommerziell wirtschaften – non-profit = keinen Profit erwirtschaftend.

GONGO sind eine Erscheinungsform der Zivilgesellschaft in vielen Gesellschaften, so den kommunistisch geprägten Gesellschaften (z.B. FDJ in der DDR) aber in auch Einparteiensystemen, wie Singapur, oder aber im patriarchalischen Japan. Sie sollen die Interessen von Bevölkerungsgruppen (der Frauen durch den Allchinesischen Frauenverband, der Jugend durch die Chinesische Jugendföderation) artikulieren und sind gleichzeitig Kaderschmieden für die künftige Nomenklatura. GONGO sind aber auch Mittler zwischen den Interessen des Staates und beispielsweise der Wirtschaft. GONGO sind keine Opponenten der Staatspolitiken sondern loyal in den Staat eingebunden. Ein gut funktionierendes GONGO-System ist Sensor für die Interessen großer Gruppen. Werden diese in entsprechende Politiken übersetzt, sichert das die innere Stabilität „im Vorsorgeprinzip".

Die Verlagerung von bisherigen Regierungsaufgaben auf die Gesellschaft bedeutet zwangsläufig die Stärkung und Förderung von zivilem Engagement. So spricht die XV. Parteitag der KP Chinas ausdrücklich von „fostering and developing social intermediary agents" um die Sozialreform in die Praxis umzusetzen. Die für diesen Prozess zuständigen „Institutionen für zivile Angelegenheiten" tragen die neuen Prinzipien der Sozialreform: Entwicklung der Gemeinden und Kommunen, Soziales Wohlergehen, Autonomie der Dörfer,....ins Land. Unzählige Bürgerorganisationen und Interessengruppen gründen sich. Deren Selbstverständnis unterscheidet sich oft deutlich vom staatlichen Verständnis. Der Staat braucht „Mittler" und „Durchführer", keine eigenständigen Macher. Konflikte sind die Folge. Das Korsett wird erst einmal enger geschnürt: "Intermediary agents are an important force in a community developing--- All intermediary agents abiding by laws and regulations, are welcomed by the public and advance development of the community, will be supported by the Ministry in order to give full play of their functions".

Menschenrechte auf Chinesisch

„Chinesische NGO sind unpolitisch“ – ein weitverbreitetes Vorurteil westlicher Diskussionspartner. Ein kurzer Ausflug in das chinesische Verständnis von Menschenrechten mag deutlicher machen, warum diese Meinung besteht und wie sich chinesische NGO selbst sehen.

Menschenrechte gelten auch im modernen China als westliches Konzept. So bescheinigen manche ausländische Experten der kommunistischen Partei lediglich ein mediales Interesse am Thema, um das wachsame Ausland zu beruhigen. Das stimmt nur bedingt. In den letzten 10 Jahren zeigen sich Regierung und Partei offener gegenüber dem Konzept. Der Rechtsstaatdialog mit Deutschland sowie Dialoge mit Institutionen und Forschungseinrichtungen sind Beispiel für die neue Offenheit.

Allerdings werden Menschenrechte in China unterschiedlich zu den westlichen Demokratien definiert. Westliche Demokratien, als Produkt der Aufklärung, legen die Priorität auf die Grundrechte des Einzelnen. China spricht vom „Recht auf Entwicklung“ (der Gesellschaft aber auch des Einzelnen), gepaart mit der schon benannten stärkeren Rückbesinnung auf die asiatischen Werte - was im Umkehrschluss bedeutet, dass westliche Werte auf die Bedingungen Chinas nicht angewandt werden können, ohne angepasst zu werden. Eine gebetsmühlenartig wiederholte und nicht zu leugnende Wahrheit.

In diesem Kontext ist interessant, dass das Chinesische in der Vergangenheit kein Wort für „Recht“ verzeichnete.[4] Hingegen waren klare Pflichten für die festgelegt, die für andere - getreu dem konfuzianischen Kodex - verantwortlich waren. Die Pflichten waren so deutlich beschrieben, dass es keinen Raum, und wohl auch keine Notwendigkeit gab, Rechte des Subjekts festzulegen. Eine Ausnahme war das Recht des Kaisers auf Loyalität seiner Untergebenen und das Recht des Vaters auf Gehorsam seines Sohnes.

[4] Wang Gungwu, Power, Rights and Duties, Australian Journal of Chinese Affairs (Nr. 3, Jan 80).

Im westlichen Denken ist das Individuum Träger von Rechten. In China dagegen waren Rechte und Pflichten von dem Verhältnis der Individuen zueinander abhängig – jeder Konflikt musste Lösungen finden, die wieder Harmonie und Kooperation zwischen den Individuen ermöglichten.[5]

Nach der kommunistischen Revolution bediente sich die KP, der Ideologie des Marxismus-Leninismus folgend, einiger weiterer Begriffe des modernen Rechtsguts. So sollten „Massenorganisationen" Rechte ihrer Interessengruppen sichern. Im heutigen China ist der Schutz von Rechten ein eingebürgerter Begriff - auch in der Verfassung. Rechte von Bauern, Ehepartnern, Frauen und Kindern wurden erweitert, dagegen Rechte von Grundbesitzern, Ehemännern, Eltern eingeschränkt.

Die Partei ist in maßen offen für die Stärkung „sozialer Kräfte" – die chinesische Umschreibung von Zivilgesellschaft - was mit einer Stärkung von Rechten dieser Individuen und Gruppen (enforcement and empowerment) einhergeht. In der jungen Generation in Partei und Regierung wächst die Erkenntnis heran, dass Chinas neue Bürgerorganisationen nicht nur die „Mülleimer der Nation" sondern „Stakeholder" der Gesellschaft sind, die bei der gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen sind. Die Stärkung des Rechts auf ziviles Engagement ist so eine neue wichtige Komponente in der Reform des chinesischen Verständnis von Menschenrechten, wenn es sich auch um weitestgehend noch „ungeschriebenes Gewohnheitsrecht" handelt.

NGO verstehen sich aus diesem Rechtsverständnis heraus eher als Advokaten für die Rechte von Gruppen (oder der Natur), nicht aber als Advokaten in „eigener Sache", für mehr individuelle Grundrechte. Hier wird auch kaum Handlungsbedarf gesehen.

[5] Bird in a Cage: Legal Reform in China After Mao, Stanford (Stanford University Press) 1999.

Fremd- und Selbstwahrnehmung der chinesischen NGO – was ist deren Rolle?

Trotz der rasanten Entwicklung der Bürgerorganisationen ist freiwilliges individuelles Engagement neu für China. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des NGO Research Centers der Qinghua-Universität Peking zeigt, dass auch heute noch mehr 80% der Befragten der Regierung die alleinige Verantwortung und Kompetenz für die Entwicklung der Gesellschaft zuweisen. NGO sind hier nicht relevant. Allerdings geben die Auftraggeber der Studie zu, dass so lange kein anderes Ergebnis erwartet werden kann, solange die vielen guten Ergebnisse des Engagements von Bürgerorganisationen nicht stärker in die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Medien spielen in diesem Prozess eine herausragende Rolle.

Bisher ist das medial geprägte Bild der NGO für deren Entwicklung in China eher hinderlich: NGO werden als ausländische Antiregierungsorganisationen und Pressure Groups präsentiert - und so in der Bevölkerung verstanden. Diese Meinung resultiert nicht ganz unrichtig aus den gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa und der UdSSR, die hauptsächlich dem Druck der Zivilgesellschaft („samtene Revolution“) zu verdanken sind. Auch Medienberichte über die Aktionen der Globalisierungsgegner bei WTO oder IWF-Treffen tragen zu diesem Bild bei. Teile der Bevölkerung befürchten, dass NGO die soziale Stabilität des Landes aushöhlen könnten. Diese Ängste trifft man auch in Partei und Regierung. Die stecken in dem Dilemma, unter sich nicht klären zu können, wie mit dem wachsenden zivilen Engagement umgegangen werden soll. Wie viel individuelles Engagement braucht China – und wo ist eine kritische Grenze erreicht? Eine ungelöste Frage, welche die NGO insgesamt in einer Grauzone hängen lässt - reflektiert in den vollkommen obsoleten und der Realität nicht mehr angemessenen gesetzlichen Regelungen für die Arbeit von NGO. Das bringt gravierende Entwicklungs- und Wachstumsbeschränkungen des Sektors mit sich. Der Trend jedoch ist unverkennbar; Toni Saich spricht von „aufkommenden Zivilgesellschaftsorganisationen, welche die Fähigkeit des Staates, die Gesellschaft zu durchdringen, begrenzen“.[6]

[6] Toni Saich, Negotiating the State: The development of social organizations in China,“ The China Quarterly”. Vol. 161 (2000): 125-141.

Ein weiterer Grund für das nicht vorhandene oder aber schlechte Image chinesischer NGO ist der Vorwurf der Offiziellen, den NGO mangele es an Professionalität. Dieser Vorwurf basiert allerdings auf einem tiefgreifenden Missverständnis der Rolle - und totaler Unkenntnis der inneren Triebkräfte - der NGO. Nach Meinung mancher chinesischer Offizieller sollen NGO vor allem deswegen ihre Professionalität erhöhen („Selbstdisziplin"), um „Funktionen der Regierung übernehmen zu können". Sollen sie das wirklich? Ist es Aufgabe von Bürgerorganisationen, sich dem Wohl der Armen, Behinderten, Ausgestoßenen, Verlierer und Rechtlosen des Reformprozesses zu widmen – ohne ihrerseits an der grundsätzlichen Bewältigung dieser Probleme über wirksame Mechanismen beteiligt zu werden, und ohne jegliche Unterstützung des Staates? Darf die Regierung soziale Hoheitsaufgaben abdelegieren und sich sogar aus deren Finanzierung verabschieden? Sollen NGO Mittel von Steuerzahlern des In- und Auslandes mobilisieren, um hausgemachte Probleme Chinas zu lösen? Warum soll ein deutscher Steuerzahler beispielsweise für ein Dorfentwicklungsprojekt in China spenden, wenn China seinerseits Milliarden für eigene Entwicklungshilfe, für Raumfahrtmissionen, Olympische Spiele, die Weltausstellung 2010 in Shanghai, das Galileo-Projekt und letztlich für das Image ausgibt, den chinesischen Osten zum Schaufenster des neuen Wohlstandes zu entwickeln?

Donororganisationen, die seit vielen Jahren in China engagiert sind, verkünden mehr oder weniger offen den Rückzug aus einem Land, das viel Geld darein investiert, das Schmuddelimage des Entwicklungslandes loszuwerden, politisch aber den Balanceakt wagt, sich dann wieder als solches zu vermarkten. Natürlich ist China ein Entwicklungsland – die mehr als 100 Millionen[7] Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, belegen das deutlich. Man fahre nur einige Kilometer aus den entwickelten Städten heraus, und die Armut ist allgegenwärtig. Dieses Problem kann und sollte aber nicht durch die NGO gelöst werden, sondern durch gerechtere Umverteilung von Mitteln und Ressourcen, die im eigenen Lande erwirtschaftet werden. Das bedarf eines

[7] Orientiert an Weltbank/UNDP Standard: 1 US-$ pro Tag. Chinas Autoritäten rechnen auf unterschiedlicher Grundlage und kommen so lediglich auf 30 – 40 Millionen absolut Arme.

Umdenkens der Regierenden – nicht der NGO. Die definieren ihre Rolle schon viel selbstbewusster und offensiv als Policymaker, Advocay-Gruppen und Awarenes Builder.[8]

Darüber hinaus verkennen die sonst so marktgläubigen Offiziellen, dass es in Zukunft einen Markt für NGO geben wird, der deren Aktivitäten und Wirksamkeit beobachtet, und, wo notwendig, auch kontrolliert, so dass der Staat sich aus der Kontrollfunktion weitestgehend zurückziehen kann. Gravierend wird die persönliche Befriedigung und Motivation unterschätzt, aus der sich Menschen für die Gemeinschaft oder die Natur engagieren. Allein aus der Tatsache heraus, dass man in NGO nicht reich werden kann (übrigens nicht nur in China!) leiten NGO-Forscher lax ab, dass NGO deshalb auch nicht an Effektivität und Effizienz interessiert seien. Dieser Schluss ist nicht nur arrogant und beleidigend für die Leistungen der NGO, sondern unterschätzt gefährlich das politische Potenzial der neuen Macher in der Gesellschaft. Hier wird die mangelnde Arbeitshaltung vieler schlecht verdienender Staatsbediensteter auf die NGO übertragen - eine absurd falsche Schlussfolgerung. Das staatliche Fazit aus der schlechten Benotung ist der Ruf nach mehr Kontrolle und Einengung von Spielraum. Zitat: "…it is obviously easy for NGO to be not efficient since they have no market competition and individual benefit… Consequently, establishment of supervision and evaluating system of a third party is an urgent task during the developing course of NGO in China".[9]

Die „Korsettmentalität" steht auch dafür, dass die Regierung „ihre NGO" zwar braucht, an der Entstehung einer unabhängigen sozialen Bewegung von unten aber nicht interessiert ist und diese (noch) verhindert wird. So werden Organisationen, die sich beispielsweise für die Stärkung von Rechten der Arbeiter (im Sinne freier Gewerkschaften etc.) engagieren, viel restriktiver behandelt als beispielsweise karitative Organisationen, die rein soziale „unpolitische" Aufgaben wahrnehmen.

Den schon beschriebenen GONGO wird mehr Vertrauen entgegengebracht. Die Initiative, GONGO zu etablieren, kommt von einer Regierungsagentur oder –institution,

[8] „Politikmacher", „Interessenvertreter" und „Aufklärer".
[9] New Environment of NGOs, NGO Research Center at Tsinghua University Beijing, Deng Guosheng, 2002.

die Kontrolle ist über selbige garantiert. Verstanden als organischer Teil der Regierungsstruktur sind GONGO mit dieser über verschiedene Stränge verbunden. Die Tausenden von GONGO sind so auch der Hauptgrund für das schlechte Image der chinesischen Zivilgesellschaft im Westen. Dort wird Zivilgesellschaft in China als staatlich-gesteuertes Phänomen verstanden, was reiner Unfug ist.

Heute ist der GONGO-Sektor im Wandel: Sehr divers in seinem legalen Status, politischen Einfluss, Zugang zu lokalen Organisationen, Zugang zu internationalen Ressourcen. Zahl und Spektrum der GONGO steigen mit der Regierungsreform: Neue GONGO werden als Auffangbecken für arbeitslose Offizielle und Arbeitslose aus Staatsbetrieben gegründet. Ohne Vision und Orientierung, sich selbst als Abfallprodukt der Marktwirtschaft verstehend, haben die meisten dieser Auswüchse des Transformationsprozesses eine kurze Lebenszeit. Die staatlichen Subventionen gehen in kürzester Zeit auf 0. Viele verschwinden, andere mutieren in den Profitbereich und werden Dienstleister. Wenige definieren sich als NGO mit klarer Vision und Mission – geleitet und motiviert von wahren Visionären, außergewöhnlichen Persönlichkeiten.

Nicht nur „staatliche“ Arroganz, Ignoranz oder abstruse Erwartungen sind Ursache für mangelnde Akzeptanz von NGO. Tatsächlich arbeiten die meisten NGO wenig professionell - haben hehre Ziele, aber keine Möglichkeiten, die entsprechenden Kapazitäten aufzubauen.

China hat keine Tradition des „Gebens“. Wer in Not gerät, ist selbst schuld, oder hat das Pech, im falschen Tierkreiszeichen geboren zu sein. Fundraising im Lande ist eine Novität – nicht nur, weil auch dafür die gesetzlichen Regelungen fehlen und es keinerlei gesellschaftliche Stimuli gibt. So leben Organisationen von lokaler Unterstützung, praktisch von der Hand in den Mund. Ein sehr direktes Feedback für ihre Effektivität. Wer den Nerv trifft, bekommt Unterstützung, die anderen machen etwas falsch.

Mittelakquise aus dem Ausland ist populär und wird von den entwickelten NGO im Osten des Landes gut beherrscht. Merkwürdigerweise hält sich bei NGO und Offiziellen

hartnäckig die Meinung, dass das Ausland moralisch verpflichtet sei, die hauseigenen Probleme zu lösen. An die Mobilisierung eigener Ressourcen denkt kaum jemand!

Nimmt der Staat die Aufgabenteilung mit den NGO Ernst, muss er auch die Pflicht Ernst nehmen, diese dazu in die Lage zu versetzen. Kontrolle ist das falsche Instrument. Akzeptanz, Kooperation, Unterstützung und Ressourcenumwidmung wären angemessene Werkzeuge.

Zivilgesellschaft in China hat viele Tentakel in die anderen Ebenen der Gesellschaft – die Ökonomie und die Politik. Das Land ist verbandet über formelle und informelle Strukturen und vor allem über persönliche Beziehungen. Zivilgesellschaft und deren demokratisches Gedankengut diffundiert zunehmend auch in die Politik Kürzlich führte die Staatliche Umweltadministration Chinas (SEPA) einen ersten Workshop zum Thema „Öffentliche Beteiligung in Umweltbelangen“ durch und war erst schockiert, dass die Mehrheit der Audienz und Diskutanten aus der Szene der Umweltgruppen stammte. Dem Schock folgte Erleichterung: Keine staatsgefährdende Opposition sondern eine innovative Umweltexpertengruppe unterbreitete interessante Vorschläge. Ein erstes Beschnuppern, das viele Ängste ab- und neue Gesprächsbereitschaft aufgebaut hat.

Legal oder illegal – veraltete Regulierungen hemmen die nachhaltige Entwicklung

Dass viele Grassroot Organisationen von außergewöhnlichen Visionären gegründet und zum Durchhalten motiviert werden, zeigt allein schon die Tatsache, dass diese Organisationen den widrigen Umständen trotzen, zu denen sie der Gesetzgeber derzeit verdammt.

Legal registriert ist nur die Minderzahl der NGO. Die Registrierungsbehörden sind generell wenig kooperativ, die Hürden sind hoch. Das gilt gleichermaßen für GONGO, Mittlerorganisationen und „richtige“ Grass Roots. Eine Registrierung unterliegt drei generellen Erfordernissen: Alle NGO müssen durch die Regierung, Partei oder Massenorganisationen gesponsert werden (das versteht sich hier im Sinne von

„Adoption“). Die Sponsoren sind verpflichtet, Bewerber „unter die Fittiche“ zu nehmen. Falls Anträge abgelehnt werden, haben die NGO keine Möglichkeit der Berufung. Potenzielle Sponsoren akzeptieren höchstens Bewerbungen von Organisationen, die ihnen schon bekannt sind (GONGO). Eine echte Hürde für Innovation und Kreativität der NGO-Landschaft.

Eine zweite, heute völlig veraltete Regelung ist, dass auf jedem Administrationslevel nur eine NGO eines Typs registriert werden kann. So gibt es nur ein CANGO[10] im Lande. Eine Organisation, die sich um obdachlose Kinder im Kreis Hairou kümmert, kann keine Schwesterorganisation im gleichen Lande haben. Eine Hürde für die Diversität von Organisationen. Bei den unfreiwilligen Einzelexemplaren führt das zu dem nicht ganz korrekten Schluss, dass sie, weil einmalig, nun auch einzigartig seien.

Erfunden wurde diese Regelung, um Wettbewerb mit den GONGO und staatlichen Trägern zu vermeiden. In der Praxis finden wir heute große regionale Unterschiede, wie diese Regel gehandhabt wird. In Yunnan beispielsweise gibt es sehr gute Formen von Zusammenarbeit von „richtigen“ NGO, GONGO und staatlichen Stellen.

Drittens dürfen NGO nur in der Region arbeiten, in der sie registriert sind. Der Grund hierfür ist Verhinderung von unkontrollierbarem Wachstum außerhalb des Einflussbereiches der Verwaltungsorgane, die mit ihrer Kompetenz auf die Region beschränkt sind. Dahinter steht – einmal mehr - die Angst vor Instabilität und dem Auseinanderbrechen der Gesellschaft.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Das Staatsgut Stabilität ist kein purer Nachlass des Kommunismus im Sinne von Erhalt des Machtmonopols der Partei. Es ist Produkt der historischen Erfahrung der chinesischen Gesellschaft. Einheit und Stabilität sind historische chinesische Werte. Die Sicherung dieser ist eine der Hauptaufgaben des Staates. Fakt jedoch ist, dass sich die Gesellschaft spaltet: in Arme und Reiche, Ost und West, Stadt und Land. Die Kriminalität nimmt zu, hier und da gibt es kleine und größere

[10] China Association for NGO Cooperation.

Proteste und Revolten. Formale staatliche Kontrolle und restriktive Gesetzgebung helfen da nicht viel, wie die gut funktionierenden Schmuggler- und Kriminellennetzwerke belegen.

Die massive Unterwanderung der Bevölkerung durch Falun Gong, selbst die KP war (ist?) stark betroffen, hat die Regierenden einmal mehr traumatisiert und Ansätze für mehr Freiheit des Einzelnen um Jahre geworfen. Die Novellierung der NGO Gesetze kam praktisch zum Erliegen.

Die Folge der restriktiven Gesetzgebung, deren Novellierung von Volkskongress zu Volkskongress erwartet wird, ist, dass nur die Minderheit der NGO „richtig“ staatlich registriert ist und somit eine relativ hohe Rechtssicherheit genießt. Der große Rest registriert sich als Firma und fällt somit aus dem Einflussbereich der zuständigen Kontrollinstanzen heraus. Fortan kann man frei agieren, muss allerdings Umsatzsteuer auf Fundraising-Einkommen zahlen. Die Umweltorganisation WWF ist in Peking als „Enterprise“ registriert.

Ein beliebter Weg ist, sich als Projektpartner an einen chinesischen Partner „anzudocken“. Diesen Weg ist z.B. Greenpeace gegangen, das in Peking als wissenschaftliche Forschungseinrichtung unter der Schirmherrschaft einer bekannten Universität firmiert. Environmental Defense, eine bekannte US-Umweltorganisation, ist als Projektpartner meiner Organisation, CANGO, eingeführt.

Die Mehrzahl der NGO meldet sich erst gar nicht zur Registrierung an, was so lange kein Problem ist, so lange man selbst keines macht – oder jemanden trifft, der eines machen will. In diesem Fall aber ist die NGO illegal. Eine wirklich nachhaltige Entwicklung ist für die zigtausend unregistrierten NGO nicht möglich.

Vier Beispiele – vier Wege in die Zivilgesellschaft:

Zum Beispiel die China Association for NGO Cooperation - CANGO

Mitte der 1980er Jahre wurde CANGO als Abteilung der Durchführungsorganisation für internationalen Expertenaustausch (CICETE) des Ministeriums für Außenhandel (damals: MOFTEC) gegründet. Grund dafür war, dass mehr und mehr Stiftungen und internationale NGO Zugang zu chinesischen Bedürftigen suchten und dafür eine Anlaufstelle geschaffen werden sollte. CANGOs Aufgabe war die Mobilisierung von internationalen Ressourcen und die Mittlerrolle zwischen chinesischen und ausländischen Organisationen. Anfang der 90er Jahre wurde CANGO von der Mutterorganisation „freigesetzt“ und funktionierte sich zur NGO um. 1997 wurde CANGO als landesweit agierende Mittlerorganisation der NGO-Status akkreditiert. Der rührige und an der Universität Pittsburgh zum NGO-Manager ausgebildete neue Direktor Huang Haoming strukturierte die NGO mit Hilfe seiner Professoren aus Pittsburgh zu einer modernen NGO mit demokratischer Organisationsstruktur und klarer Vision und Mission um. Allerdings war das „Kerngeschäft“ nach wie vor die Mobilisierung von Ressourcen für lokale NGO, die sich in entfernten Armutsgebieten für die Minderung von Armut, die Rechte Benachteiligter und ethnischer Minderheiten einsetzten. Das entsprach CANGOs Kernkompetenz und war daneben auch die einzige verlässliche Einnahmequelle. CANGO übernahm die Kontaktarbeit mit dem ausländischen Partner, die Berichterstattung, das „Backstopping“ für die Partner vor Ort – und kassierte dafür Managementfees, die wiederum den Bestand der Organisation sicherten.

Schnell wurde klar, in welch fragiler Situation die lokalen Partner sind: meist nicht registriert und daher halblegal, NGO-Konzepte nicht kennend, ohne Zugang zu Mitteln für die Kapazitätsstärkung. Die Mitglieder von CANGO wandten sich um Hilfe an die Dachorganisation. CANGO reagierte auf die neuen Anforderungen seiner Mitgliedsverbände und verstand sich nun stärker als Advokat für die Rechte von NGO. In Abständen wurden Dialoge und Foren organisiert, um auf die Leistungen der NGO

aufmerksam zu machen und gleichzeitig für bessere Konditionen zu streiten. Die regierungsnahe Vergangenheit der Organisation und das diplomatische Geschick ihres Leiter half dabei, Offizielle aus den verantwortlichen Ministerien, Experten aus dem NGO-Forschungszentrum sowie Vertreter nationaler und internationaler NGO an einen Tisch zu bringen. Heute sind die Offiziellen des Ministeriums für zivile Angelegenheiten oft gesehene Gäste bei CANGO. So kann CANGO Empfehlungen für die Gestaltung zukünftiger Gesetze geben und somit eine wichtige Lobbyaufgabe für die gesamte NGO-Gemeinschaft übernehmen.

Der nächste konsequente Schritt der Umprofilierung war die Abkehr vom einseitigen Projekt“hunting“ zu mehr Unterstützung der Kapazitätsstärkung der Grassroot NGO. Folgerichtig startete CANGO 2002 mit Unterstützung des EED Deutschlands das erste eigene Projekt: Ein Trainingprogramm mit fünf Schwerpunkten, alle auf die Grundbedürfnisse der NGO ausgerichtet und mit denen abgestimmt, wurde erarbeitet. Die Mittel sind für die nächsten vier Jahre sicher gestellt. Heute nun kommen fast monatlich je 24 Vertreter von NGO zum fünftägigen kostenlosen Training. Effekte sind schon jetzt, nach dem ersten Jahr sichtbar: NGO-Neugründungen sind ebenso als Erfolg zu verzeichnen wie intensives Überarbeiten von Vision und Mission in vielen Teilnehmer-NGO – auch eine Ehe wurde gestiftet.

CANGO hat seine Vision und Mission dem neuen Bedarf und seinem neuen Profil angepasst. Der neue Service für die chinesischen Grass Root NGO hat erheblich zur Imageverbesserung beigetragen. Das CANGO über Jahre anhaftende Stigma des „ehemaligen GONGO“ ist Respekt für das neue Engagement gewichen.

Mehr und mehr Mitglieder würden gern dem CANGO-Netzwerk beitreten. Heute muss CANGO Vorsicht walten lassen, die Grenzen seiner eigenen Absorptionsfähigkeit nicht zu überschreiten und mit der eigenen Entwicklung professionell umgehen.

Zum Beispiel: CLAPV – Center for Legal Assistance to Pollution Victims

CLAPV steht für ein Netzwerk aus Rechtsexperten, das sich der Unterstützung von Umweltopfern widmet.

In den späten 90ern veröffentlichte die Regierung erstmals Informationen über den Zustand der Umwelt. Jedoch war es den meisten Journalisten und Experten verboten, Zutritt zu den am stärksten geschädigten Gebieten und Industriezentren zu bekommen. Umweltopfer wurden totgeschwiegen.

Professor Wang Canfa, ein kleiner, jedoch vor Energie strotzender, Rechtsprofessor an der Universität für Politik und Recht Pekings, erkannte den Handlungsbedarf und gründete 1998 seine eigene NGO mit dem Ziel, Prozessunterstützung für Opfer von Umweltverschmutzung zu leisten. Darüber hinaus startete er eine Hotline – sehr beliebt in China – und offerierte Trainings für Rechtsanwalte und Umweltpolitiker.

Diese NGO ist über die Jahre sehr erfolgreich und hoch respektiert. In der Provinz Hebei beispielsweise vertrat sie erfolgreich Opfer, die unter extremer Lärmbelästigung von Schwerverkehr litten, im Hairou County nördlich von Peking, stritt sie für Farmer, deren Zuchtenten starben, da eine nahegelegene Schweinemastanstalt ihr Abwasser in den Ententeich leitete.

Das hohe Presseecho, welches Wang Canfas Fälle erzeugen, trägt zur Bildung von Rechtsbewusstsein der Bürger ebenso bei wie zum Bewusstsein der Offiziellen, dass Umweltgesetze nicht nur erlassen sondern auch deren Vollzug sichergestellt werden muss.

Jüngstes Beispiel der Erfolgsserie des rührigen Professors und seiner Kollegen ist die Klage einer Pekinger Bürgerinitiative (für China ein Novum!!!) gegen eine Tierversuchsanlage in einem Wohngebiet nahe des berühmten Antiquitätenmarktes, des Panjiayuan. Mehr als 200 Bürger unterschrieben die Klage, die den Behörden

leichtfertigen Umgang mit der Gesundheit der Anwohner vorwarf. Nach dem Trauma der SARS-Krise nur verständlich. Auch diese Klage wurde in erster Instanz gewonnen. Nun allerdings hat die Stadt Berufung eingelegt. Es wird noch spannend um diesen Fall. Ein Novum für China, dass Bürgern nun erlaubt wird, auch gegen Behörden gemeinsam zu streiten. Menschen wie Prof. Wang Canfa, sind Katalysatoren für einen selbstbewussteren Umgang mit Individualrechten, wie dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, und der Durchsetzung rechtlicher Ansprüche.

Zum Beispiel: GVB/FoN

Die beiden großen Pekinger Umweltorganisationen „Freunde der Natur (FoN)“ und „Globales Dorf Peking“ (GVB) wurden 1994 respektive 1995 gegründet. Während Freunde der Natur im klassischen Sinne vorrangig Naturschutz betreibt, ist GVB unter der Leitung der professionellen Filmemacherin und Umweltaktivistin Sheri Xiaoyi Liu auf Maximierung der Medienberichterstattung über Umweltfragen orientiert.

Beide Organisationen sind alles andere als „unpolitisch“: Sie erstatten unabhängig Bericht über den Zustand der Umwelt. FoN führt eine jährliche Umfrage zum Zustand der Natur und Umwelt durch, GVB hatte über lange Zeit einen wöchentlichen Slot für selbstaufbereitete Umweltthemen im staatlichen Fernsehen. Eine neue Serie von umweltbezogenen Filmen für das staatliche Fernsehen wird von GVB mit Unterstützung einer CIM-Kollegin[11] aus Deutschland vorbereitet.

Beide Organisationen wagen sich auch auf schwieriges Terrain: FoN erregte vor einigen Jahren mit der ersten direkten Aktion a la Greenpeace Aufmerksamkeit – als Touristen verkleidet dokumentierten FoN-Mitglieder illegale Abholzungsaktionen. GVB schicke eine Delegation von 50 Aktivisten aus Grassroot Gruppen zum Umweltgipfel nach Johannesburg – eine gute politische Schule für die Neueinsteiger, die mit weiteren Trainings zu dem Thema nachhaltige Entwicklung in China unterfüttert wurde.

[11] CIM – das Centrum für internationale Migration ins Frankfurt/Main, vermittelt auf Anforderung von ausländischen Arbeitgebern sogenannte integrierte ExpertInnen in Entwicklungsländer. Die Autorin ist ebenfalls CIM-Expertin.

Die Gründer und jetzigen Präsidenten sind bekannte Ausnahmepersönlichkeiten: Prof. Liang Congjie ist der Enkel eines der namhaftesten politischen Denker Ende des 19. Anfang des 20. Jahrhunderts (Liang Qichao) und der Sohn eines renommierten Architekten, der sich für den Erhalt historischer Stadtstrukturen einsetzt. Er selbst ist ein respektierter Umweltvisionär mit kurzem Weg und bedeutendem Einfluss in die akademische Klientel und die Fachministerien.

Liao Xiaoyi hat durch ihre Umweltfilme Aufmerksamkeit im In- und Ausland erregt. Charismatisch bereitet sie für ihr neues Thema „nachhaltigen Konsum" für den öffentlichen Dialog auf. Allerdings ist es „sie", um die sich die Organisation gruppiert – besser gesagt, sie ist die Organisation. Das trifft ähnlich auch auf FoN zu. Ein ernstes Risiko für die nächsten Jahre, dem die NGO dadurch begegnen sollten, ihre Mitstreiter aus der zweiten und dritten Reihe aufzubauen, wenn man nicht später beide Organisation neu erfinden will.

Zum Beispiel: die gemeinsame Initiative der Pekinger Umwelt-NGO

Ein Beispiel für die Vernetzung von Organisationen „by demand" ist die Kampagne der drei großen grünen Bewegungen in Peking gegen ein Projekt der Stadtregierung, einen stillgelegten Wasserkanal vom Miyun-See nach Peking zu reaktivieren. Die gemeinsamen Aktionen fanden ihren Höhepunkt am 16. März 2003 in einem Treffen der Pekinger Stadtregierung und der NGO-Präsidenten. Von den Grünen wurde dieses als von historischer Bedeutung bezeichnet. Zwei Aspekte belegen, dass das stimmt: Das Treffen wurde von den NGO einberufen, um ihre Besorgnis über das Projekt auszudrücken. Es war das erste Mal, dass Offizielle einer solchen Einladung folgten. Zweitens war es die erste gemeinsame Initiative der drei großen Umweltgruppen „Freunde der Natur" (Friends of Nature), Globales Dorf Peking (Global Village Beijing) und der „Freiwilligen für eine Grüne Erde" (Green Earth Volunteers).

Hauptklagegrund der NGO war, dass die Stadtregierung in Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen keine UVP[12] für das Projekt durchführen ließ. Man befürchtete Nachahmeffekte für künftige Wasserversorgungsprojekte der durstigen Stadt in der Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 2008.

Ergänzt wurde die Kampagne durch eine Medienkampagne des Chefs von Green Earth Volunteers, gewählter Stadtbezirksabgeordneter und von Beruf Radiojournalist. Nach der Zustimmung der Stadtregierung zu dem Treffen luden die grünen Gruppen auch Journalisten sowie Sachexperten ein. Die Stadtregierung beklagte daraufhin, dass zu diesem Meeting nur Gegner, nicht aber die Befürworter des Projektes geladen wurden. Am Ende des an und für sich guten Meetings jedoch wurden die anwesenden Journalisten ermahnt, vorsichtig in ihrer Berichterstattung zu sein, und sicherzustellen, dass die Berichte vorher abgenommen würden. Später wurde den nationalen und lokalen Medien ausdrücklich verboten, das Meeting zu erwähnen, das nun als Versuch, den Vizebürgermeister zu übergehen und zu attackieren beschrieben wurde.

Wieder einmal siegte die Angst der Regierenden, aber der Trend geht in die richtige Richtung. Die Verbände erkennen und nutzen die Kraft der Gemeinsamkeit. Immer wird man sie nicht totschweigen können. Selbst wenn die staatlichen Medien den Maulkorb angelegt bekommen, die Nachrichten verbreiten sich hier schneller als ein Lauffeuer. Ganz Peking kennt die Story.

Trends und Ausblick

Anders als bei uns sind NGO in China noch nicht klar segmentiert. Von einer Umweltbewegung oder einer sozialen Bewegung zu sprechen, ist verfrüht. Politisch agierende Gruppen, wie beispielsweise sich formierende Globalisierungsgegner, sind praktisch nicht existent. Dafür wächst die Anzahl der sozialen Organisationen, Advocay Gruppen und Umweltinitiativen.

[12] Umweltverträglichkeitsprüfung.

Kritische Diskussionen, beispielweise zu den Folgen des WTO-Beitritts Chinas und der Öffnung des Landes, finden eher in informellen akademischen Zirkeln statt. Aus diesen Zirkeln rekrutiert sich eine breite Unterstützergruppe für die chinesischen Bürgerorganisationen. Die Peking-Universität ist seit ihrer Gründung Schmelztiegel für neue, nicht immer systemadäquate, Ideen. Die technisch orientierte Qinghua-Universität leistet sich ein NGO-Forschungszentrum. Die Pekinger Volksuniversität richtet schon zum dritten Mal das US-chinesische Umwelt-NGO Forum aus. Die akademisch-informellen Zirkel haben einen kurzen Zugang in die Politik. Wissenschaft ist hoch geachtet, Wissenschafter werden respektiert. So wird manch neues Gedankengut schnell in die Gehirne der zuständigen Behörden transferiert.

NGO-Visionäre haben (fast) durch die Bank weg eine „westliche Ausbildung". Besonders die Ford-Stiftung aber auch andere amerikanische Stiftungen haben jede Menge Mittel investiert, um NGO-Willige zu Studienaufenthalten in die Staaten zu holen – nicht ohne Hintergedanken. Die Großen der Szene sind in ihrem Denken durchweg amerikanisiert – was sich herunterbrechen lässt bis zum NGO-Forschungszentrum an der Qinghua-Universität, das den aussichtslosen Versuch gestartet hat, die chinesischen NGO und NPO nach dem komplizierten amerikanischen System zu klassifizieren. Diese Indoktrinierung ist nicht nur selbstlos – ein Bein in der chinesischen Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Pfeiler künftigen politischen Einflusses. Europa ist da leider viel zaghafter und sozusagen Spätstarter als Capacity Builder.

Die alteingesessenen NGO stehen vor einem Generationswechsel – und somit vor ähnlichen Wachstumskonflikten wie NGO im Rest der Welt: Visionen müssen neu definiert werden, man streitet um Ziele und Wege. Vaterfiguren verlassen „ihre" Kinder und gründen neue Organisationen. Konflikte stehen an. Eine echte Herausforderung für die vielen „personenzentrierten" NGO, die keine zweite und dritte Reihe entwickelt haben. Hier ist die Gefahr groß, dass mit Weggang der Galionsfigur die ganze Organisation verschwindet.

Erste Konkurrenzen treten auf. Die führen dazu, dass sich Organisationen eindeutiger voneinander abgrenzen und auf ihre Kernkompetenzen, ihre Einzigartigkeit (nicht Einmaligkeit!) besinnen. Das ist ein hilfreicher Prozess zur Identitäts- und Imagebildung. Im Gegensatz zu schärferer Abgrenzung findet man auch Beispiele für vernetzte Aktionen.

Besonderen Respekt genießen die Umweltverbände. Will China nicht im selbstgemachten Dreck ersticken, braucht es die Umweltgruppen als „Watch dog“, Aufklärer und unermüdliche Aufräumer. Umweltbildung ist zunehmend wichtig; zum Beispiel sollen die Umweltorganisationen der Regierung helfen, das Verständnis für staatlich notwendige aber unpopuläre Maßnahmen, wie die Einführung höherer Wasserpreise, zu befördern. Die nehmen diese Rolle bereitwillig wahr – durchlaufen sie doch eine andere Exegese als die populären Pressure Grups im Europa und Amerika der 60er und 70er Jahre, die der Friedensbewegung entstammten und somit hoch politisiert waren. Als sich in China vor ca. 10 Jahren die ersten Umweltorganisationen gründeten, waren bereits etliche globale Mechanismen zur Adressierung von Umweltproblemen entwickelt worden (die Frage, ob diese ausreichend sind oder nicht, steht hier nicht zur Diskussion). Ein weiterer Unterschied zwischen „westlichen“ und „chinesischen“ Grünen ist, dass Erstere aus den ökologischen Prinzipien radikale politische Schlussfolgerungen zogen. So war der Kapitalismus eindeutig nicht kompatibel mit dem Überleben des Planeten. Ein „Evolutionssprung in der menschlichen Einstellung“ werde benötigt, verkündete Petra Kelly. Chinesische Grüne sind „leichter“ in ihrer Ideologie: Bescheidene und besorgte Menschen, die einen besseren Deal für die Natur und verantwortungsbewussteren Umgang mit Ressourcen anstreben. Aber schon gibt es Nachdenken über ökologische Rucksäcke und Verteilungsgerechtigkeit. Es bleibt spannend, wie sich die grüne Bewegung politisieren wird.

Last but not least sind es die Einzelkämpfer, die von sich reden machen, die kleinen Helden der Zivilgesellschaft: Der militante Konsument Wang Hai aus Qingdao kaufte bewusst Fake-Waren, um hinterher die Ladenbesitzer vor Gericht zu bringen, der Umweltaktivist Lu Tongjing reist auf eigene Kosten mit Schulklassen durch die Wüsten

der Inneren Mongolei und dokumentiert sterbende Kamele – Opfer der zunehmenden Desertifikation. Die Photos im Gepäck reist er durch das Land, auf eigene Kosten (!) und spricht über die Ursachen der fortschreitenden Wüstenbildung – viele davon „hausgemacht“. Wen Bo, Umweltaktivist und erster Chef des Greenpeace Büros in Peking, hielt die Hierarchie der Organisation nicht mehr aus und entschied sich dafür, wieder zum Field worker zu mutieren und NGO in China und Korea zu vernetzen.

Öffnet sich das Land weiter wie in der letzten Dekade, wird auch das Engagement der Menschen wachsen, die sich persönlich und ehrenamtlich für eine bessere Gesellschaft und eine intakte Umwelt einsetzen. Seitens des Staates wird eine bessere Infrastruktur bereitgestellt werden – das Bewusstsein für deren Notwendigkeit entwickelt sich bei der neuen Politikergeneration. Im Gegensatz zur westlichen Welt werden alle Partner in der Gestaltung der Gesellschaft auf das bewährte chinesische Konzept der Kooperation setzen, um China den Weg in eine nachhaltige Entwicklung zu ebnen. Solange dieses Ziel erreicht wird, ist der Weg dahin wohl egal. Wie bereits Deng Xiaoping sagt: Es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiß ist, solange sie nur Mäuse fängt.

Institut für Ostasienwissenschaften
Institute for East Asian Studies

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften

Seit Juli 1995 publiziert das Institut für Ostasienwissenschaften eine eigene Reihe von Arbeitspapieren. Sie werden in begrenzter Zahl kostenlos abgegeben. Mit * gekennzeichnete Papiere sind zudem über Internet abrufbar.

Duisburg Working Papers on East Asian Studies

Since July, 1995, the Institute of East Asian Studies publishes its own series of working papers which are available free of charge. Papers marked * can be called up on the Internet.

Bestelladresse / procurement address

Institut für Ostasienwissenschaften
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
47048 Duisburg
e-mail: oawiss@uni-duisburg.de

Internet download

www.uni-duisburg.de/institute/oawiss/publikationen

No. 42 / 2002* Karin Adelsberger, Claudia Derichs, Thomas Heberer, Patrick Raszelenberg
Der 11. September und die Folgen in Asien. Politische Reaktionen in der VR China, Japan, Malaysia und Vietnam

No. 43 / 2002* Werner Pascha, Klaus Ruth, Cornelia Storz (Hg.)
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft II
Themenschwerpunkt: Einfluss von IT-Technologien auf Strukturen und Prozesse in Unternehmen

No. 44 / 2002* Werner Pascha
Wirtschaftspolitische Reformen in Japan – Kultur als Hemmschuh?

No. 45/ 2002* Thomas Heberer, Markus Taube
China, the European Union and the United States of America: Partners or Competitors

No. 46/ 2002* Thomas Heberer
Strategische Gruppen und Staatskapazität: Das Beispiel der Privatunternehmer

No. 47 / 2002* Ulrich Zur-Lienen
Singapurs Strategie zur Integration seiner multi-ethnischen Bevölkerung: Was sich begegnet gleicht sich an

No. 48 / 2003* Institute for East Asian Studies (Hg.)
Overview of East Asian Studies in Central and Eastern Europe

No. 49 / 2003* Werner Pascha, Cornelia Storz (Hg.)
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft III
Themenschwerpunkt: Institutionenökonomik und Japanstudien

No. 50 / 2003* Kotaro Oshige
Arbeitsmarktstruktur und industrielle Beziehungen in Japan
Eine Bestandsaufnahme mit Thesen zur Zukunftsentwicklung

No. 51 / 2003* Markus Taube
Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft
Triebkräfte und Widerstände
Auf dem Weg zu einem „Global Player“

No. 52 / 2003* Claudia Derichs und Wolfram Schaffar (Hg.)
Task Force – Interessen, Machstrukturen und internationale Regime.
Die WTO-Verhandlungen zum GATS (Dienstleistungsabkommen) und sein Einfluss auf Asien

No. 53 / 2003* Hermann Halbeisen
Taiwan’s Domestic Politics
since the Presidential Elections 2000

No. 54 / 2004* Thomas Heberer
Ethnic Entrepreneurs as Agents of Social Change -
Entrepreneurs, clans, social obligations and
ethnic resources: the case of the Liangshan Yi in Sichuan

No. 55 / 2004* Werner Pascha, Cornelia Storz
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft IV
Themenschwerpunkt: Wahrnehmung, Institutionenökonomik und Japanstudien

No. 56 / 2004* Anja D. Senz
Wählen zwischen Recht und Pflicht – Ergebnisse eine Exkursion der Ostasienwissenschaften in die Provinz Sichuan / VR China

No. 57 / 2004* Dorit Lehrack
NGO im heutigen China – Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis